



Weil da ein Riss ist durch die Welt... Für Solidarität und Klassenkampf von unten!

Seit Beginn der kapitalistischen Krise 2009 hat sich die Lebenssituation der meisten Menschen auf der Welt verschlechtert. Die sogenannte Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander. Während dies in den industrialisierten Staaten vor allem in Form einer Prekarisierung weiter Teile der Lohnabhängigen, sowie einer Verschärfung des Arbeitsrechts spürbar wird bedeutet dies in wirtschaftlich schwächeren Ländern die vollkommene Perspektivlosigkeit.

In Südeuropa wächst eine ganze Generation heran, welche den Kapitalismus nur noch als ein System des persönlichen Mangels bei gesellschaftlichem Überfluss kennt. Zeitgleich dienen ganze Kontinente als Ersatzteil, Rohstoff- und Mülllager der industriellen Gesellschaften. Diese Teilung der Welt verläuft jedoch nicht wie uns von Rechtspopulisten verklickert zwischen Nationen, sondern zwischen oben und unten. Zwischen unterdrückten und unterdrückenden Staaten.

In jedem Staat gibt es eine herrschende Klasse, welche sich den gesellschaftlichen Reichtum aneignet. Sind dies in der westlichen Welt vornehmlich Banken und Konzerne, so werden deren Interessen in unterdrückten Staaten zumeist von Warlords oder Diktatoren vertreten. Oftmals wird hierbei die Herrschaft des Kapitals durch ein parlamentarisches System verschleiert, wobei dieses System keinen höheren Einfluss der breiten Masse bedeutet, sondern uns eine Pseudodemokratie vorgaukelt.

Im Parlamentarismus besitzen Unternehmen weit mehr Einfluss auf politische Entscheidungen, als die Allgemeinbevölkerung. Jedoch findet diese Einflussnahme indirekt statt, wie z.B. durch Wahlkampfhilfen oder Lobbyarbeit. Ein praktisches Beispiel den Einfluss der Industrie ist die Einführung der privaten Altersvorsorge, welche von den großen Versicherungsgesellschaften maßgeblich vorangetrieben wurde.

Diese Herrschaft einer Klasse trotz der vermeintlichen Gleichheit charakterisierte Friedrich Engels bereits im 19.

Jahrhundert mit den Worten: „Die demokratische Republik weiß offiziell nichts mehr von Besitzunterschieden. In ihr übt der Reichtum seine Macht indirekt, aber umso sicherer aus.“

Diese Teilung des gesellschaftlichen Reichtums, sowie der politischen Macht und deren Konzentration auf einige Wenige ist die Kernessenz des Kapitalismus. Er basiert auf einer Teilung der Gesellschaft in zwei Klassen. Die herrschende Klasse verfügt über die Produktionsmittel, während die Werktätigen die Arbeit leisten. In diesem Prozess der Wertschöpfung zahlt der Unternehmer dem Arbeiter nur einen Teil seiner erreichten Wertschöpfung aus. Der Rest wandert als nicht ausgezahlter Mehrwert an die herrschende Klasse.

Die dadurch entstehende Anhäufung von Kapital auf einer Seite ist die logische Folge. Statt unsere Wertschöpfung einem gesellschaftlichen Nutzen zuzuführen wird sie von der herrschenden Klasse privatisiert.

Der Kapitalismus basiert auf einer Klassengesellschaft, in welcher die einen über das Kapital und die anderen über die Arbeit verfügen. Sämtliche Versuche dieses Wirtschaftssystem zu „sozialisieren“ widersprechen der Grundlogik des Kapitalismus. Dementsprechend kann die Lösung unserer Probleme nur durch die grundlegende Veränderung des Wirtschaftssystems geschehen. Ziel muss es sein, dass wir nicht mehr produzieren, um Profit zu erzielen, sondern die Bedürfnisse aller Menschen abzudecken.

Hierbei dürfen wir uns nicht gegeneinander aufhetzen lassen, sondern müssen anhand unseres realen Klassenstandpunkts agieren. Dies bedeutet eine internationale Gegenwehr aller Lohnabhängigen gegen die herrschende Klasse zu organisieren.

Kampf dem Kapital! Für die soziale Revolution!

Stell dir vor es ist Krieg ...und alle fliehen.

Seit beinahe zehn Jahren verkündet die UN jedes Jahr einen neuen Höchststand an fliehenden Menschen. Weltweit spitzt sich die Situation in den globalen Krisenherden zu und führen zu lebensfeindlichen Verhältnissen und Flucht. Doch bei uns erwachte man erst, als Berichte von völlig überfüllten Flüchtlingsrouten um die Welt gingen.

Die Rechte sah sich beflügelt und malte Bilder von Deutschland besetzenden „Invasoren“. Massen an sogenannten Fakenews über raubende und vergewaltigende Nordafrikaner oder Syrer schwemmen die sozialen Netzwerke.

Dabei ist jedoch keineswegs so, dass alle Flüchtlinge versuchen würden nach Deutschland zu kommen. Mit wenigen Ausnahmen fliehen Menschen vor allem in ihre oftmals ärmlichen Nachbarländer: Syrer nach Jordanien oder in die Türkei, Afghanen nach Pakistan oder sudanesischen Flüchtlinge nach Uganda. Fakt ist auch, dass mit 86% die absolute Mehrheit der Flüchtlinge im globalen Süden verweilt. Nichtsdestotrotz beschwören rechte Scharfmacher weiterhin den Untergang der deutschen Kultur. Erklärtes Ziel war dabei stets die weitere Abschottung der BRD.

Schöner verpackt, aber dafür getragen von beinahe allen Parteien, wurde dies zur Maxime der deutschen Politik. Inklusiv der Grünen und der SPD, womit sie letztlich dem Druck von rechts nachgaben. Im Vordergrund die Abschiebung, im Hintergrund der angebliche Kampf gegen Fluchtursachen. Mit diesem gefährlichen Spiel des Eingehens auf rechte Positionen wurde versucht, deren Thesen für den eigenen Stimmenfang nutzbar zu machen und Wähler zurück zu gewinnen. Bedient und vor allem bestätigt wurden dabei jedoch nur realitätsferne Ängste. Neue Asylgesetze und mehr angeblich sichere Herkunftsländer, wie beispielsweise Afghanistan, waren das Ergebnis dessen.

Eine wirkliche Bekämpfung der Flucht wurde dabei zur Floskel. Zwecks der Vereinfachung von Abschiebungen wurden für die BRD und die EU fragwürdige Länder wie die Türkei oder Libyen zu Partnern. Ungeachtet deren unterdrückenden Politik im eigenen Land. Gerade

zu absurd muten hierbei die deutschen Waffenlieferungen an die Türkei oder Saudi-Arabien an. Beide Länder unterstützten in den vergangenen Jahren systematisch islamistische Milizen, wie den IS (Daesh). Die Entstehung des Daesh wurde zudem im Vorfeld durch den imperialistischen Irakkrieg begünstigt. Auch in Libyen zeigte sich, dass Demokratie und Frieden nicht herbeigebombt werden können. Nach der militärischen Intervention von 2011 versank das Land im Bürgerkrieg und wird bis heute von verschiedenen Milizen regiert.

Militärische Interventionen, sowie die Militarisierung ganzer Regionen durch industrialisierte Staaten kann keineswegs als friedensstiftende Politik gesehen werden. Im Kern dient diese Politik zumeist nur der Durchsetzung der eigenen ökonomischen Interessen.

Wenn Menschen nun vor diesen Konflikten fliehen, dann gilt es uns unserer Rolle dabei bewusst zu werden. Wer Krieg sät, muss nun einmal Flucht akzeptieren. Wer nicht will, dass Menschen fliehen der muss dafür sorgen, dass sich hier etwas ändert.

Also setzen wir lokal an. Gehen wir vor gegen Kriegsprofiteure und das neokoloniale Herumschubsen kleinerer Länder auf der Weltbühne.

Internationale Solidarität mit allen Geflüchteten, Ausgebeuteten und Unterdrückten kann die einzige Antwort auf die stetige Abwärtsspirale unserer Welt sein. Organisieren wir uns als Menschen neu von unten und nehmen uns endlich das was uns gehört!

**Gegen die Welt des Kapitals!
Fluchtursachen bekämpfen, nicht Flüchtlinge!**

